

Antrag

des Abg. Dr. Albrecht Schütte u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Entwicklungszusammenarbeit mit Fokus Klimaschutz

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Entwicklungszusammenarbeit des Landes seit 2011 bis heute entwickelt hat (Gesamtsumme sowie Auflistung von Projekten in Afrika ab 50.000 Euro);
2. welche gemeinsamen Projekte im Bereich Klimaschutz in Afrika realisiert wurden;
3. welche Kooperationen zwischen Universitäten des Landes Baden-Württemberg und Universitäten in Afrika existieren, insbesondere welche gemeinsamen Studiengänge von Universitäten in Afrika und Baden-Württemberg angeboten werden, zum Beispiel der Studiengang an der Hochschule Public Management in International Cooperation an der Hochschule Kehl;
4. welche Mittel sie für Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika in den Jahren 2022 fortfolgende einzusetzen plant und für welche dieser Mittel sie bereits konkrete Projekte ins Auge gefasst hat;
5. welche Schwerpunkte sie geografisch und thematisch zukünftig bei der Entwicklungszusammenarbeit setzen möchte;
6. welche Programme und Projekte der EU ihr zur Etablierung einer Energiepartnerschaft zwischen Afrika und Europa bekannt sind (beispielsweise Wasserstoffpipeline Marokko – Europa);

7. welche Potenziale sie für eine Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz (zum Beispiel in der Bereitstellung von grünem Wasserstoff oder klimaneutralen Kraftstoffen), Kompensation sowie Agroforst-Projekten sieht und wie sie die Möglichkeit einer Kooperation mit dem Bund bzw. der EU bewertet;
8. welche Herstellungspreise für grünen Wasserstoff je Kilogramm aktuell und geschätzt für 2030 in Afrika (z. B. Namibia) anfallen im Vergleich zu Deutschland bzw. Baden-Württemberg;
9. welche Herstellungspreise für klimaneutralen Kraftstoff je Liter aktuell und geschätzt 2030 im globalen Süden anfallen im Vergleich zu Deutschland bzw. Baden-Württemberg;
10. wie sie die Situation einer verstärkten Zusammenarbeit mit Burundi nach Aufhebung der Sanktionen auf europäischer Ebene bewertet und inwieweit die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda hierbei als Vorbild dienen kann;
11. ob sie ihr Engagement im Bereich der beruflichen Bildung in Afrika und insbesondere Burundi fortführen bzw. künftig noch verstärken möchte.

3.3.2022

Dr. Schütte, Hartmann-Müller, Dr. Löffler,
Stächele, Schuler, Schweizer, Vogt CDU

Begründung

Nach der Aufhebung europäischer Sanktionen in Burundi und dem EU-Afrika-Gipfel im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft, auf dem eine Intensivierung der Partnerschaft in Klimaschutz, Gesundheit und Migration vereinbart wurde, sollen mit dem vorliegenden Antrag die Potenziale möglicher Kooperationen im Bereich von Klima- und Energiepartnerschaften abgefragt werden.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 19. April 2022 Nr. STM53-352-5/1/2 nimmt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, dem Ministerium für Verkehr und dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

1. wie sich die Entwicklungszusammenarbeit des Landes seit 2011 bis heute entwickelt hat (Gesamtsumme sowie Auflistung von Projekten in Afrika ab 50.000 Euro);

Im Jahr 2012 erfolgte die Neuausrichtung der baden-württembergischen Entwicklungspolitik auf Basis einer breiten politischen Beteiligung kleinerer und mittlerer Akteure, die seit jeher das Rückgrat der Entwicklungspolitik im Land bilden. Daraus entstanden die *Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg*, die 2013 durch Kabinettsbeschluss und einen fraktionsübergreifenden Antrag im Landtag etabliert wurden. Die Leitlinien enthalten folgende drei Kernaussagen:

- a) Entwicklungspolitik ist eine *ressortübergreifende Querschnittsaufgabe*, weshalb sie in der Regierungszentrale angesiedelt und in einem eigenständigen Referat verankert wurde.
- b) Entwicklungspolitik beschreibt eine *akteursübergreifende Gemeinschaftsaufgabe*. Aus diesem Grund wurde der Rat für Entwicklungszusammenarbeit etabliert, der die zentralen Akteure im Land vernetzt, die Landesregierung berät und Synergien und Gemeinschaftsvorhaben voranbringt. Die Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit fungiert dabei als entwicklungspolitisches Zentrum für alle baden-württembergischen Akteure.
- c) Und schließlich wurde der Grundsatz der *Subsidiarität* zugunsten des effizienten, dauerhaften und erfolgreichen Engagements der mehreren tausend kleineren und mittleren Akteure in Baden-Württemberg festgeschrieben, u. a. zugunsten der Hochschulen und Schulen, Städte, Landkreise und Gemeinden, Religionsgemeinschaften und Kirchengemeinden, Mittelständler, Zivilgesellschaft und Stiftungen.

Auf dieser Grundlage sind zahlreiche Gemeinschaftsvorhaben in und für Baden-Württemberg entstanden, die durch eine kontinuierliche gemeinsame Koordination, viele Kooperationen sowie Kofinanzierungen geprägt sind und die so die Wirkung und die Finanzkraft der Anliegen deutlich steigern:

- die Förderung des *kommunalen Engagements* über das bundesweit einmalige Handlungskonzept kommunale Entwicklungspolitik getragen von Bund, Land und Kommunen;
- die *Förderung des migrantischen Engagements* und schließlich die Einrichtung des „interkulturellen Promotor/-innen-Programms“;
- die *Förderung des jungen Engagements* u. a. durch das EU-finanzierte Projekt „MINDCHANGERS“;
- die Förderung der Beziehungen zum afrikanischen Kontinent über die *Initiative „Afrika im Blick“*;
- die Vertiefung der *Landespartnerschaft mit Burundi*.

Entsprechend zu diesen Gemeinschaftsvorhaben sind auch der Beitrag und die Unterstützung des Landes mitgewachsen – immer verstärkt und flankiert durch die Beiträge und Drittmittel der anderen Geber, z. B. des Bundes, der Kirchen und Kommunen oder der Europäischen Union. Sie haben eine Vervielfachung des Landesbeitrags bewirkt. Die Gesamtsumme der Haushaltstitel für Entwicklungspolitik im Einzelplan 02, die auch die Kooperation mit der nordirakischen Provinz Dohuk umfassen, spiegelt diese Dynamik wider:

Veränderung der Gesamtsumme der entwicklungspolitischen Haushaltstitel im Einzelplan 02 von 2011 bis 2022	
Jahr	EUR
2011	400.000
2012	710.000
2013	1.000.000
2014	1.000.000
2015	1.000.000
2016	3.200.000
2017	1.872.000
2018	2.772.000
2019	2.972.000
2020	3.642.000
2021	3.642.000
2022	3.748.100

Dabei fanden die in der Frage genannten Projekte in Afrika unter dem Dach der Initiative „Afrika im Blick“ statt. Ziel dieser Initiative ist es, die zahlreichen Beziehungen aus Baden-Württemberg zum afrikanischen Kontinent weiter zu systematisieren. Besonders hervorzuheben sind insofern etwa die Handlungsfelder:

- Wissenschaft;
- Wirtschaft;
- Klimaschutz und
- Partnerschaftsarbeit, besonders geprägt durch Projekte kleinerer und mittlerer Akteure mit einem klaren Schwerpunkt auf die Burundi-Partnerschaft unter der Koordination der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit.

Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit koordinierte und unterstützte dabei folgende Projekte ab einer Fördersumme von 50.000 Euro. Hier ist anzumerken, dass eine Vielzahl der geförderten Projekte unter dieser Schwelle liegt:

- „Agroforstprojekt“ in Burundi (185.000 Euro, 2018 bis 2020);
- „Aufbauprojekt für Agroforstsysteme“ in Burundi (180.100 Euro, 2021 bis 2022);
- „Soforthilfe Burundi“ gegen die Folgen der *Überschwemmungen* in Gatumba und für die Prävention gegen die Ausbreitung des *Coronavirus* in der Kommune Mutimbuzi (80.000 Euro, 2020);
- „Renforcement des mesures de prévention et de gestion de la pandémie du *COVID-19* au Burundi et assistance aux personnes sinistrées touchées par les débordements des eaux de la rivière Rusizi et du Lac Tanganyika à Gatumba“ (Pandemie- und Fluthilfe; 60.000 Euro, 2020) ;
- „Contribution à la prévention et à la réponse contre la *COVID-19* au Burundi“ (Pandemihilfe; 80.000 Euro, 2020).

2. welche gemeinsamen Projekte im Bereich Klimaschutz in Afrika realisiert wurden;

Beim internationalen Klimaschutz bringt sich Baden-Württemberg im sogenannten „Future Fund“ des internationalen Klimaschutznetzwerks „Under2 Coalition“ ein. Baden-Württemberg ist Mitinitiator dieses Netzwerkes. Seit 2018 zahlt Baden-Württemberg jährlich 30.000 Euro in den „Future Fund“ ein. Durch ihn werden Regionen in Entwicklungs- und Schwellenländern bei ihren Klimaschutzbemühungen unterstützt. Das Gesamtvolumen des „Future Funds“ beträgt rund 100.000 US-Dollar pro Jahr. Über den „Future Fund“ werden kleinere Studien und Projekte finanziert, Hospitationsbesuche von Fachpersonen der jeweiligen Regierungen organisiert sowie die Teilnahme von Regierungsvertretungen subnationaler Regie-

rungen an wichtigen Klimakonferenzen unterstützt (z. B. den Weltklimakonferenzen). Auf dem afrikanischen Kontinent haben sich bisher die Provinzen Western Cape und KwaZulu-Natal aus Südafrika, der Omoro District aus Uganda und Cross River State in Nigeria aktiv an den Austauschen beteiligt.

Darüber hinaus erhielten in den Förderlinien der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit die folgenden *Klima-Projekte* von kleineren und mittleren Akteuren eine Unterstützung:

Projekt	Ort	Jahr	Summe	Thematische Zuordnung
Installation einer Photovoltaik-Anlage bei der Nyakrom Senior High Technical School in Agona, Nyakrom	Ghana	2012	55.000,00 €	Solar
Bekämpfung der Entwaldung durch das Anpflanzen von Bäumen und die Einführung verbesserter Kochstellen	Burundi	2013	24.000,00 €	Landwirtschaft
Solarenergie für Gesundheitsstationen in Kenia	Kenia	2015	10.000,00 €	Solar
Solaranlage für die Schule Ndwenga	Dem. Rep. Kongo	2015	10.824,69 €	Solar
Verbesserte Bildungschancen an der Keren Secondary School	Eritrea	2015	10.000,00 €	Bildungsarbeit
Versorgung einer Berufs- und Grundschule mit Solarstrom	Kamerun	2015	9.130,00 €	Solar
GARAB - Obstbaumpflanzungen in Dorfgemeinschaften	Senegal	2016	7.639,62 €	Landwirtschaft
Kauf und Errichtung einer Photovoltaikanlage mit Batterieeinspeisung auf dem Dach einer kurz vor der Fertigstellung stehenden Gesundheitsstation	Nigeria	2017	8.300,00 €	Solar
Solardorf Kibera	Kenia	2017	9.750,00 €	Solar
Wasserversorgung für Yanbeli	Äthiopien	2017	20.000,00 €	Infrastruktur
Solardorf Kibera	Kenia	2017	9.750,00 €	Solar
House of Skills – Sunshine Bakery: Photovoltaikanlage/Batterie-System/ Kühlraum	Gambia	2018	20.000,00 €	Solar
Mehr als Licht: Solarenergie in kenianischen Dorfschulen	Kenia	2018	19.250,00 €	Solar
Strom und Internet für das Weiterbildungszentrum Kitamba	Uganda	2018	17.987,36 €	Infrastruktur
Wasser für alle	Somalia	2018	14.825,50 €	Solar
Anlage eines ökologischen Schullehrgartens mit solarer Tropfbewässerung	Burkina Faso	2019	15.900,00 €	Landwirtschaft
Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR)	Tansania	2019	3.219,80 €	Landwirtschaft
Gemeinsam Spielen und Lernen – Bau eines Bildungszentrums in Ananivi Kodzi	Togo	2019	19.894,00 €	Bildungsarbeit
Kampagne zur Sensibilisierung für Null Plastik (2. Auflage)	Burundi	2019	16.150,00 €	Abfallwirtschaft
Keramik aus Hougno	Kamerun	2019	17.000,00 €	Solar
Verbesserung der Handelssituation für Kleinbauern und Bevölkerung	Burundi	2019	15.612,79 €	Infrastruktur
Elektrifizierung von 5 Krankenstationen der Diözese Mbinga	Tansania	2020	20.000,00 €	Solar

Moderne Solarkocher für eine Lehrküche in der Technical Highschool	Uganda	2020	9.853,00 €	Solar
Pilzzucht zur Verbesserung der Ernährungssicherheit	Burundi	2020	19.944,61 €	Landwirtschaft
Unterstützung für die Förderung verbesserter reduzierbarer Brennholzöfen in den an den Kibira-Nationalpark angrenzenden Batwa-Gemeinden	Burundi	2020	133.372,50 €	Andere
Einkommenschaffung durch das Projekt „Tracage d'une Piste rurale Kivoga-Kivubo“	Burundi	2020	20.000,00 €	Landwirtschaft
Solaranlage zur Stromversorgung der Gebäude der Association Yenfaabima (AY)	Burkina Faso	2021	9.000,00 €	Solar

3. welche Kooperationen zwischen Universitäten des Landes Baden-Württemberg und Universitäten in Afrika existieren, insbesondere welche gemeinsamen Studiengänge von Universitäten in Afrika und Baden-Württemberg angeboten werden, zum Beispiel der Studiengang an der Hochschule Public Management in International Cooperation an der Hochschule Kehl;

Gemäß der Studie „Afrika im Blick“, die 2019 im Rahmen der gleichnamigen Initiative im Auftrag des Staatsministeriums durchgeführt wurde, gibt es in Baden-Württemberg über 300 *Hochschulkooperationen* mit dem afrikanischen Kontinent.

Eine Recherche bei den zwanzig – aus wissenschaftspolitischer Sicht bedeutendsten – Staaten Afrikas ergab 146 Kooperationen. Die Staaten wurden nach folgenden Kriterien ausgewählt:

- Staaten mit den meisten Hochschulen in Afrika;
- Staaten mit den meisten qualitativ hochwertigen Hochschulen in Afrika;
- Staaten mit Hochschulen mit Bezug zu den aktuellen Landesprogrammen „Langfristiger Austausch mit Afrika“.

Die meisten Kooperationen gibt es mit Hochschulen aus Südafrika (50), aus Ägypten (30), Namibia (10), Tunesien (9) und Marokko (7).

Folgende gemeinsame *Studiengänge* sind dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bekannt:

- Die Universität Hohenheim arbeitet im Rahmen des klimarelevanten Projektes CLIFOOD – German-Ethiopian SDG-Graduate School „Climate Change Effects on Food Security“ mit der Hawassa University in Äthiopien zusammen.
- An der Hochschule Kehl wurde zum Wintersemester 2021/2022 der zweijährige berufsbegleitende englischsprachige Masterstudiengang „Public Management in International Cooperation“ (PMIC) eingerichtet. Der Studiengang wird von der Hochschule Kehl in enger Zusammenarbeit mit Partnerhochschulen in Äthiopien, Senegal und Südafrika durchgeführt. Ziel des Studiengangs ist es, Fachkräfte in Afrika als Verwaltungsexpertinnen und -experten im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge auszubilden, um dadurch zur Schaffung einer zukunftsorientierten Verwaltung beizutragen und mittelbar auch Fluchtursachen zu bekämpfen.
- Das „Global Studies Program“ (GSP) an der Universität Freiburg ist ein zweijähriger Masterstudiengang in Sozialwissenschaften. Das Programm wird mit der Chulalongkorn University (Bangkok), der FLACSO Argentina (Buenos Aires), der Jawaharlal Nehru University (Neu-Delhi) und der University of Cape Town (Kapstadt) organisiert. Studierende aus aller Welt studieren an drei der fünf Universitäten und nähern sich der Welt und der Globalisierung aus unterschiedlichen regionalen Perspektiven und Disziplinen an. Der Lehrplan dieses Programms umfasst Soziologie, Politikwissenschaft, Anthropologie und Geographie.

- „Integrated Urbanism and Sustainable Design“ ist ein Masterstudiengang, der von der Universität Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Ain Shams University in Kairo durchgeführt wird. Ziel des Programms ist es, eine neue Generation von Stadtplanern auszubilden und auf den Umgang mit den enormen ökologischen, kulturellen, sozioökonomischen und führungstechnischen Herausforderungen vorzubereiten, die weltweit als Resultat dynamischer urbaner Transformationen auftreten.

Herauszuheben ist schließlich das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte „Merian Institut for Advanced Studies in Africa“ (MIASA) an der Universität Freiburg, das mit der Universität in Accra (Ghana) kooperiert und als ein bundesweites Leuchtturmprojekt bezeichnet werden kann.

4. welche Mittel sie für Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika in den Jahren 2022 fortfolgende einzusetzen plant und für welche dieser Mittel sie bereits konkrete Projekte ins Auge gefasst hat;

Auf der Grundlage der Initiative „Afrika im Blick“ ergibt sich folgendes Bild:

- a) Handlungsfeld Wissenschaft: Das Wissenschaftsministerium unterstützt aktuell die Zusammenarbeit von baden-württembergischen und afrikanischen Wissenschafts- und Kultureinrichtungen mit folgenden wettbewerblichen Programmen:
 - Langfristiger Austausch mit Afrika in Wissenschaft und Gesellschaft I + II (Ziel: Aufbau von Kooperationen) mit insgesamt 500.000 Euro;
 - Forschungsstipendien für exzellente afrikanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Ziel: Förderung von Forschungsaufhalten junger exzellenter afrikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an baden-württembergischen Hochschulen) mit insgesamt 200.000 Euro;
 - Namibia-Initiative zum Thema Koloniales Erbe und Restitution. Viele dieser Projekte laufen pandemiebedingt auch noch im Jahr 2022 und konnten teilweise kostenneutral bis Ende 2023 verlängert werden.
- b) Handlungsfeld Wirtschaft: Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus verfolgt das Ziel, baden-württembergische Unternehmen in den Zukunftsmärkten Afrikas zu unterstützen und über Geschäftsmöglichkeiten zu informieren. Wird das ökonomische Potenzial verantwortungsvoll genutzt, könnte Afrika in den kommenden Jahrzehnten nicht nur zu einem globalen Wachstumsmotor werden, sondern mit Blick auf die global vereinbarten Ziele der Agenda 2030 auch zum Vorreiter einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Baden-württembergische Unternehmen können den dynamischen Entwicklungsprozess Afrikas mit Investitionen, technologischem Know-how, Qualitätsprodukten sowie einer gelebten gesellschaftlichen Verantwortung erfolgreich begleiten. Dabei gilt es, die wichtigen Zukunftsmärkte unter Einbindung orts- und fachkundiger Expertise systematisch in den Blick zu nehmen und strukturiert zu erarbeiten, wo konkrete Wachstumschancen für die baden-württembergische Wirtschaft liegen.

Zu diesem Zweck wurden auch die Wirtschaftsrepräsentanzen Baden-Württembergs in Addis Abeba (Äthiopien) und Johannesburg (Südafrika) errichtet. Seit 2019 unterstützen sie als Anlaufstellen vor Ort baden-württembergische Unternehmen beim Eintritt in neue Märkte und bei konkreten Fragestellungen.

Darüber hinaus hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Kooperation mit Partnern aus dem außenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Bereich mit dem „Wirtschaftsgipfel Afrika“ ein Forum für Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika etabliert. Ziel der im zweijährigen Turnus stattfindenden Veranstaltung ist es, Unternehmen aus Baden-Württemberg gezielt über die Herausforderungen und Chancen afrikanischer Märkte zu informieren und Möglichkeiten zum Austausch mit Expertinnen und Experten im Afrika-Geschäft zu bieten. Der „3. Wirtschaftsgipfel Afrika 2022“ wird im Rahmen der Außenwirtschaftsmesse „GlobalConnect“ am 15. November 2022 stattfinden.

Seit 1996 besteht außerdem eine Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und der südafrikanischen Provinz KwaZulu Natal. Die Partnerschaft soll u. a. mit den thematischen Schwerpunkten erneuerbare Energien (z. B. grüner Wasserstoff), Umwelttechnik und Gesundheitswirtschaft erneuert und im Sinne der Agenda 2030 wie auch der Initiative „Afrika im Blick“ weiter ausgebaut werden.

c) Handlungsfeld Ernährung/Landwirtschaft: Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist derzeit in Burundi mit zwei Projekten aktiv:

- *Agroforstprojekt in Burundi (seit 2018)*: Aufgrund der hohen Bedeutung von Holz als nahezu einzigem Energieträger und der dringend notwendigen inländischen Produktion von Nahrungsmitteln werden in diesem Projekt Formen der Mehrfachnutzung entwickelt, in denen beide Ansprüche kombiniert erfüllt werden können. Angepflanzt werden standortangepasste „Multi-funktionsbäume“, bei denen das Holz als Bau- und Energieholz genutzt werden kann, gleichzeitig die Blätter und Rinden für Ziegen als Nahrung dienen können und nicht zuletzt Früchte für die menschliche Ernährung erzeugt werden. In dem Projekt sind über 10.000 Familien in 18 Kooperativen eingebunden. Die Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg (HFR) und die Fakultät FABI (Faculty of Agronomy and Bioengineering) der Université du Burundi leisten die wissenschaftliche Begleitforschung. Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat 2021 der HFR für das Agroforst-Aufbauprojekt unter dem Titel „Living Income: Ausreichendes Familieneinkommen über Agroforstsysteme, Fair Trade und Bio-Anbau in Burundi“ Mittel in Höhe von 52.500 Euro für die Umsetzung in den Jahren 2021 bis 2022 bewilligt. Die Finanzierung wird gemeinsam vom Staatsministerium und dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz getragen. Ziel dieses Aufbau-Projektes ist es, zu erforschen, wie groß bei burundischen Kleinbauernfamilien, die bereits biologisch Kaffee anbauen und in die Fairtrade-Bezahlung ihres Kaffees eingebunden sind, die Differenz zwischen dem notwendigen und dem reell erwirtschafteten Familieneinkommen ist und welche Einflussfaktoren sich auf diese Differenz auswirken. Das Projekt wird als Verbundprojekt unter Führung der HFR mit den Partnern Université du Burundi, WeltPartner (seinerseits im Verbund mit dem burundischen Kleinbauernverband COCOCA) und Naturland umgesetzt.
- *Agrarsoziales Bildungs- und Trainingscenter in Burundi (seit 2020)*: In den Jahren 2020 und 2021 wurde der Aufbau eines agrarsozialen Bildungs- und Trainingscenters in Burundi finanziert. Konkret ging es um den Aufbau einer mehrjährigen landwirtschaftlichen Permakultur (z. B. Papaya, Bohnen, Reis, Avocado, Plantagen- und Viehwirtschaft). Darauf aufbauend werden nun Lehrkräfte und Schüler einer Primärschule geschult, um die Permakultur zu betreiben. Darüber hinaus wurde ein Schulhaus errichtet, in dem Lehrkräfte und Betreuer der landwirtschaftlichen Gärten wirken. Ansässige Frauen bereiten das Essen für Schüler und Lehrkräfte vor. Die erzeugten Agrarprodukte der Permakultur sollen nun weiterverarbeitet (z. B. durch einen Solar-trockner) und verkauft werden – dies konnte bisher aber noch nicht erreicht werden. Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist gerade dabei, für das Jahr 2022 ein Aufbauprojekt zu finanzieren. Ziel ist es, nachhaltige Einkommensquellen für das Bildungs- und Trainingscenter zu schaffen. Das errichtete Bildungs- und Trainingscenter, das von seinen Weiterbildungsmaßnahmen nur wenig Einnahmen erzielen kann, soll durch den Verkauf von selbst produzierten und verarbeiteten Lebensmitteln eine weitere Einkommensquelle erarbeiten, damit es wirtschaftlich tragbar und finanziell unabhängig wird. Bewilligt wurde eine Förderung im Umfang von 150.000 Euro. Nach Abschluss des Projekts soll das Bildungscenter von einer katholischen Bruderschaft weitergeführt werden.

d) Handlungsfeld Partnerschaften: Das Staatsministerium fördert Partnerschaften der kleineren und mittleren Akteure im Land über die bwirkt!-Förderlinien der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit. Diese sind vom Staatsministerium mit einer Million Euro pro Jahr ausgestattet.

Darüber hinaus plant das Staatsministerium, die Landespartnerschaft mit Burundi im Schulterchluss mit dem Burundi-Bündnis substantiell zu vertiefen (weitere Ausführungen bei den Fragen 5 und 10).

5. welche Schwerpunkte sie geografisch und thematisch zukünftig bei der Entwicklungszusammenarbeit setzen möchte;

Die Schwerpunkte der Entwicklungspolitik ergeben sich grundsätzlich aus den Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg. Die Schwerpunkte für die kommende Wahlperiode berücksichtigen insofern auch das Experten-Papier des Rats für Entwicklungszusammenarbeit vom Herbst 2020, das die Leitlinien entsprechend weiterentwickelt und konkretisiert hat.

Das Grundanliegen bleibt die *Stärkung der kleineren und mittleren Akteure* aus Baden-Württemberg als effizientes Rückgrat der baden-württembergischen Entwicklungspolitik.

Thematisch sind diese Schwerpunkte geplant:

- *kommunales Engagement*, so wie es im Handlungskonzept Kommunale Entwicklungspolitik vorgezeichnet ist;
- *junges Engagement*, das mit dem paneuropäischen Projekt „MINDCHANGERS“ für die nächsten Jahre ein starkes Netzwerk und angemessene Ressourcen für eigene Vorhaben zur Verfügung hat.

In geografischer Hinsicht gelten drei Gesichtspunkte:

- zunächst der *Subsidiaritätsgrundsatz*, der kleineren und mittleren Akteuren aus Baden-Württemberg mit effizienten, bewährten und erfolgreichen Beziehungen oder Partnerschaften zugutekommt, nachdem sie nach dem Grundsatz der Bestenauslese ausgewählt worden sind;
- ein besonderer Fokus wird auf den afrikanischen Kontinent entlang der *Initiative „Afrika im Blick“* gelegt (weitere Ausführungen s. Fragen 1 bis 4);
- Fokus auf die Landespartnerschaft mit *Burundi* entlang des Grundsatzbeschlusses des Rats für Entwicklungszusammenarbeit vom November 2021. Dieser Beschluss für ein Burundi-Bündnis wird im Auftrag des Staatsministeriums von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit durch das Burundi-Aktions-Programm mit Leben erfüllt. Der Landtag hat dafür entsprechende Mittel im Staatshaushaltsplan strukturell verstetigt. Bei der Umsetzung sollen die Bereiche Agroforst, Gesundheit, Wirtschaft, Wissenschaft, Rechtsstaat und Bildung besonders im Vordergrund stehen.

6. welche Programme und Projekte der EU ihr zur Etablierung einer Energiepartnerschaft zwischen Afrika und Europa bekannt sind (beispielsweise Wasserstoffpipeline Marokko–Europa);

Dem Land liegen aktuell keine spezifischen Informationen zu Energiepartnerschaften der EU mit Afrika vor. Entsprechende Kooperationspotenziale werden in die Ausführungen zur Frage 7 aufgenommen.

7. welche Potenziale sie für eine Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz (zum Beispiel in der Bereitstellung von grünem Wasserstoff oder klimaneutralen Kraftstoffen), Kompensation sowie Agroforst-Projekten sieht und wie sie die Möglichkeit einer Kooperation mit dem Bund bzw. der EU bewertet;

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sieht eine große Chance darin, die Bedarfe nach erneuerbarer Energie mit den wirtschaftlichen Entwicklungschancen in Afrika zu verknüpfen. Eine nachhaltige Entwicklung Afrikas und die Bekämpfung des Klimawandels setzen Investitionen und Technologietransfers voraus, die auf moderner Umwelttechnik und erneuerbaren Energien beruhen. Um kleine und mittelständische Unternehmen beim Eintritt in strategisch wichtige Zielmärkte Afrikas bestmöglich zu unterstützen, hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus die Wirtschaftsrepräsentanzen Baden-Württembergs für Ostafrika und das Südliche Afrika als Anlaufstellen vor Ort eingerichtet. Umsetzbare klimafreundliche Lösungen erfordern zudem grenzübergreifende Partnerschaften auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus orientiert sich bei seinen Außenwirtschaftsaktivitäten an den bereits geschlossenen *Energiepartnerschaften* des Bundes. So hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in seinem Jahresbericht 2020 Aktivitäten in weltweit 24 Ländern aufgelistet, u. a. auch Äthiopien, Algerien, Marokko, Südafrika und Tunesien. Diese reichen von Partnerschaften über Kooperationen bis hin zu Dialogen. Des Weiteren bietet die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Bundes, „Germany Trade and Invest“ (GTAI), aktuell einen globalen Überblick zu mehr als 30 Ländern zum Thema Wasserstoff an, u. a. auch Marokko und Südafrika.

Der Bedarf an grünem Wasserstoff wird aus Sicht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in Baden-Württemberg ab 2030 erheblich zunehmen. Zur Deckung dieser Nachfrage werden Importe von grünem Wasserstoff in ganz erheblichem Umfang benötigt. Hierfür kommen vor allem sonnen- und windreiche Regionen mit guten Voraussetzungen für den großskaligen Einsatz erneuerbarer Energien in Betracht. Die Bereitstellung und der Import von grünem Wasserstoff wird deshalb ein wichtiges Thema zukünftiger Energiepartnerschaften und Kooperationen sein. Dabei sind die Themen erneuerbare Energien, grüner Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe (reFuels) im Kontext und abgestimmt zu betrachten.

Mittel- bis langfristig sieht darüber hinaus das Ministerium für Verkehr Potenziale für eine Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz bei der *Bereitstellung von klimaneutralen Kraftstoffen*, beispielsweise in Ländern Nordafrikas. Daher hatte es eine Länderstudie „Marokko als Partner für die Herstellung synthetischer Flüssigkraftstoffe (reFuels)“ in Auftrag gegeben. Bei diesen Überlegungen müssen allerdings weitere Faktoren berücksichtigt werden, z. B. spielen für den Aufbau von verlässlichen Handelsbeziehungen Aspekte wie politische, gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen vor Ort eine ebenso wichtige Rolle wie die potenziellen Kosten. Bei Marokko ist die Hoffnung, dass sich die politischen Beziehungen zu Deutschland wieder verbessern. Zur Deckung des kurzfristigen Bedarfs sollten Partnerschaften zu Ländern aufgebaut werden, die aufgrund einer gut ausgebauten (Energie-)Infrastruktur zur Förderung bzw. zum Transport von flüssigen oder gasförmigen fossilen Energieträgern in relativ kurzer Zeit entsprechende Produktionskapazitäten installieren können. Dies ist eine wichtige Erkenntnis der Auswertung von Länderanalysen im Rahmen der baden-württembergischen Roadmap für reFuels. Zur Absicherung des Bedarfs an reFuels auf lange Sicht sind auch Partnerschaften zu Ländern zu etablieren, die erst mittel- oder langfristig nennenswerte Kraftstoffmengen zur Verfügung stellen können. Hierunter fallen Länder, die aus wirtschaftlichen oder energiepolitischen Gründen Interesse am Aufbau einer Industrie zur Produktion von reFuels haben, sei es aufgrund des derzeitigen Entwicklungsstandes des Landes oder des aktuell hohen Importbedarfs an fossilen Energieträgern. Dazu zählen u. a. Länder in der Region des Nahen Ostens und Nord- bzw. Westafrika.

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sieht gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit – insbesondere im Bereich der *Agroforstprojekte* mit Burundi. Für große Bereiche Afrikas werden im Kontext des Klimawandels deutlich steigende Temperaturen prognostiziert. Hierdurch könnten mögliche Anbauflächen für Kaffee deutlich reduziert werden. In Uganda zeigte die National Planning Authority (NPA) ein Szenario auf, in welchem im Verlauf von weniger als einem Jahrhundert kein Kaffeeanbau in Uganda mehr möglich wäre. Die Konsequenzen für die Überlebenssicherung von Millionen Kleinbauern in der Region wären dramatisch. Agroforstsysteme können hier einen relevanten Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten. Die Ergebnisse des Agroforstprojekts in Burundi (Anbau von Maniok, Mais, Bananen und Gemüse und Kaffee-Bewirtschaftung), welches das Landwirtschaftsministerium zusammen mit dem Staatsministerium seit 2018 fördert, hat ergeben, dass Bananenstauden sehr gut mit Kaffeepflanzungen harmonisieren. Bananen gehören zu den Hauptnahrungsmitteln in Burundi. Daher fördert die Kombination von Kaffee und Bananen die Produktion von Grundnahrungsmitteln und leistet gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz: Schattenbäume können 2 bis 3 Grad Celsius höhere Temperaturen kompensieren und hierdurch weiterhin den Kaffeeanbau ermöglichen. Während viele mögliche Schattenbaumarten mehrere Jahre bis zu einem Jahrzehnt benötigen, um die erforderliche Größe zu erreichen, können Bananenstauden bereits nach 6 bis 12 Monaten einen ausreichenden Übershirmungsgrad bieten. Daher sind Agroforstsysteme mit Bananenstauden aktuell der vielversprechendste Ansatz zur Klimaanpassung für den Kaffeeanbau. Hinzu kommt, dass bei Kaffeeanbau in Agroforstsystemen mehr organischer Kohlenstoff im Boden gebunden wird als bei Kaffeemonokulturen. Eine in Uganda durchgeführte Studie zeigte, dass Agroforstflächen mit Kaffeeanbau und Bananenstauden (wie es im Agroforstprojekt praktiziert wird) 1,5-mal höhere Kohlenstoffbestände im Boden aufwiesen als reine Bananenmonokulturen sowie einen 26 Prozent höheren Gesamtkohlenstoffpool. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit sieht ein wachsendes Potenzial, solche Agroforstansätze eng mit Überlegungen und Projekten zur Klimakompensation zu vernetzen.

8. welche Herstellungspreise für grünen Wasserstoff je Kilogramm aktuell und geschätzt für 2030 in Afrika (z. B. Namibia) anfallen im Vergleich zu Deutschland bzw. Baden-Württemberg;

Die Herstellungskosten für grünen Wasserstoff werden nach Auffassung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in sonnen- und windreichen Regionen zukünftig deutlich unter denen in Deutschland liegen. Konkrete Zahlen liegen dort noch nicht vor.

Das Ministerium für Verkehr verweist auf die Studie „Chance zur Dekarbonisierung: Grüner Wasserstoff als Motor der Energiewende“ von 2021. Danach liegt der Produktionspreis für grünen Wasserstoff weltweit zwischen 3,30 und 7,30 US-Dollar pro Kilogramm. Aus den Studien ist klar abzulesen, dass der Preis bis 2030 erheblich sinken könnte (auf eine Spanne von zwei bis sechs US-Dollar pro Kilogramm). Grund dafür ist, dass die Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien sinken und die Wasserstofftechnologien immer ausgereifter werden. Für grünen Wasserstoff sind die Produktionskosten direkt mit den Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien verknüpft.

9. welche Herstellungspreise für klimaneutralen Kraftstoff je Liter aktuell und geschätzt 2030 im globalen Süden anfallen im Vergleich zu Deutschland bzw. Baden-Württemberg;

Das Ministerium für Verkehr verweist darauf, dass sich diese Frage nicht pauschal beantworten lässt, da es verschiedene Kraftstoffe gibt, die je nach Herstellungsverfahren unterschiedliche Kosten haben können. Grundsätzlich ist es auch beim Kraftstoff so, dass die Produktionskosten direkt mit den Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien verknüpft sind, denn Wasserstoff ist ein Zwischenprodukt bei der Herstellung klimaneutraler Kraftstoffe. Die Stromkosten an geeigneten Standorten im globalen Süden könnten deutlich günstiger sein, davon gehen etwa die Beteiligten des Projektes „Haru Oni“ in Chile aus.

Das Projekt „Haru Oni“ nutzt die perfekten klimatischen Bedingungen für die Windenergie in der Provinz Magallanes im Süden Chiles, um mit Hilfe von kostengünstigem grünem Windstrom den CO₂-neutralen Kraftstoff zu erzeugen. In einem ersten Schritt spalten dafür Elektrolyseure mittels Windstrom Wasser in Sauerstoff und grünen Wasserstoff. Anschließend wird CO₂ aus der Luft gefiltert und mit dem grünen Wasserstoff zu synthetischem Methanol kombiniert, das wiederum in eFuel umgewandelt wird. Der Produktionsstart der Pilotanlage ist für Mitte 2022 vorgesehen. Neben Siemens Energy, Porsche und HIF beteiligen sich auch Enel, ExxonMobil, Gasco und ENAP am „Haru Oni“-Projekt. Es werden zudem Preisunterschiede entstehen in Abhängigkeit, ob die Kraftstoffe komplett vor Ort erzeugt werden und ob grüne Input-Produkte wie Methanol zu Raffinerien nach Baden-Württemberg transportiert werden. Es wird angenommen, dass diese Kraftstoffe mittelfristig in den Bereich der Herstellungspreise von fossilen Kraftstoffen vor Steuer kommen könnten.

10. wie sie die Situation einer verstärkten Zusammenarbeit mit Burundi nach Aufhebung der Sanktionen auf europäischer Ebene bewertet und inwieweit die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda hierbei als Vorbild dienen kann;

In der Bewertung schließt sich die Landesregierung der Einschätzung des Auswärtigen Amtes und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit an. Die Stiftung konnte im August 2021 vor Ort reisen und Gespräche mit ihren Partnern, dem deutschen und den europäischen Botschaftern sowie mit Regierungsstellen führen. Die Lage in Burundi wird demnach weiterhin als kritisch betrachtet und ist noch lange nicht optimal. Es gibt aber klare politische Anzeichen für eine Besserung und dafür, dass sich gerade ein *Window-of-Opportunity* öffnet, um die Partnerschaft zu vertiefen. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in der Entscheidung der Europäischen Union vom 15. Februar 2022 wider, die Beschränkungen aufzuheben.

Das Ziel, die Partnerschaft zu vertiefen, hat die Landesregierung aus dem Koalitionsvertrag übernommen und, wie bei Frage 5 erläutert, bei den entwicklungspolitischen Akteuren im Land erfolgreich dafür geworben: Die Akteure haben diese Einschätzung und diese Einladung aufgegriffen. Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit hat im November 2021 den Grundsatzbeschluss gefasst, die Landespartnerschaft mit Burundi als ein Gemeinschaftsvorhaben anzusehen und auf einem breiten Burundi-Bündnis zu gründen (s. Ausführungen zu Fragen 4 und 5). Das Staatsministerium hat dementsprechend die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit mit dem Burundi-Aktions-Programm beauftragt, um dieses Bündnis mit Leben zu erfüllen und die Partnerschaft durch Projekte und Projekt-Cluster zu vertiefen.

Die Landesregierung und alle Akteure wollen dabei die gewinnbringenden Lehren aus der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda übernehmen. Die zuständigen Referate stehen dazu in kontinuierlichem Kontakt. Folgende Aspekte sind dabei u. a. von besonderem Interesse:

- In Rheinland-Pfalz steht die Partnerschaft auf einer breiten zivilgesellschaftlichen *Basis* und ist dadurch auch weithin bekannt. Sie ist etwa von über 180 Schul- und 40 Kommunalpartnerschaften geprägt. Hinzu kommen Kooperationen von vielen Kirchengemeinden und Hochschulen. Die Akteure aus Baden-Württemberg streben dies über das Burundi-Bündnis in gleicher Weise an.
- Zentral für die rheinland-pfälzische Partnerschaft ist der regelmäßige, insbesondere auch persönliche Austausch. *Begegnungen* von Projektpartnern, ebenso wie von Schülern und Entscheidungsträgern prägen den Austausch zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda. Sie sind entscheidend für das Gelingen der Zusammenarbeit. Baden-Württemberg und Burundi streben einen solchen Austausch ebenfalls an und haben ihn in der Partnerschaftvereinbarung bereits 2014 vorgezeichnet. Sobald es einerseits die politische Lage als auch die Pandemie-Situation zulassen, sollte dieser Austausch intensiviert werden.

- Seit den 1980er-Jahren hat Rheinland-Pfalz ein *Büro* in Ruanda. Sein Beitrag zur Koordination vor Ort ist für den Erfolg der Partnerschaft von großer Bedeutung. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit plant ebenfalls ihre Strukturen in Burundi auszubauen, um die Zusammenarbeit vor Ort intensivieren zu können.

11. ob sie ihr Engagement im Bereich der beruflichen Bildung in Afrika und insbesondere Burundi fortführen bzw. künftig noch verstärken möchte.

Im Auftrag des Kultusministeriums wurden vom Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) im Bereich der beruflichen Bildung auf dem afrikanischen Kontinent in den vergangenen Jahren Projekte mit Äthiopien, Burundi, Namibia und Gambia durchgeführt. So fanden etwa Fortbildungskurse für burundische Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer zur Einführung in handlungsorientierte Unterrichtsmethoden an der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Esslingen statt. In den letzten Jahren erfolgte eine weitere Schwerpunktsetzung der Kooperationen im Bereich der beruflichen Bildung in Gambia. Das Kultusministerium und das ZSL stehen künftigen Kooperationen mit Ländern in Afrika, insbesondere Burundi, grundsätzlich offen gegenüber.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus bietet im Rahmen von Fachveranstaltungen Möglichkeiten der Information und des Austauschs auch zum Themenbereich der beruflichen Bildung in Afrika an. Es hat zum Beispiel im Rahmen des „2. Wirtschaftsgipfels Afrika 2020“ am 28. Oktober 2020 eine Kooperationsveranstaltung mit dem Titel „Vocational training and skilled workforce potential in East Africa“ stattgefunden.

Im Rahmen des Burundi-Aktions-Programms ist die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit aktuell beauftragt für das Handlungsfeld Bildung auszuloten, inwiefern sich bestehende Ansätze weiter ausbauen lassen und damit konkret zur Vertiefung der Partnerschaft beitragen können.

Hassler

Staatssekretär